
FDP KV Gießen

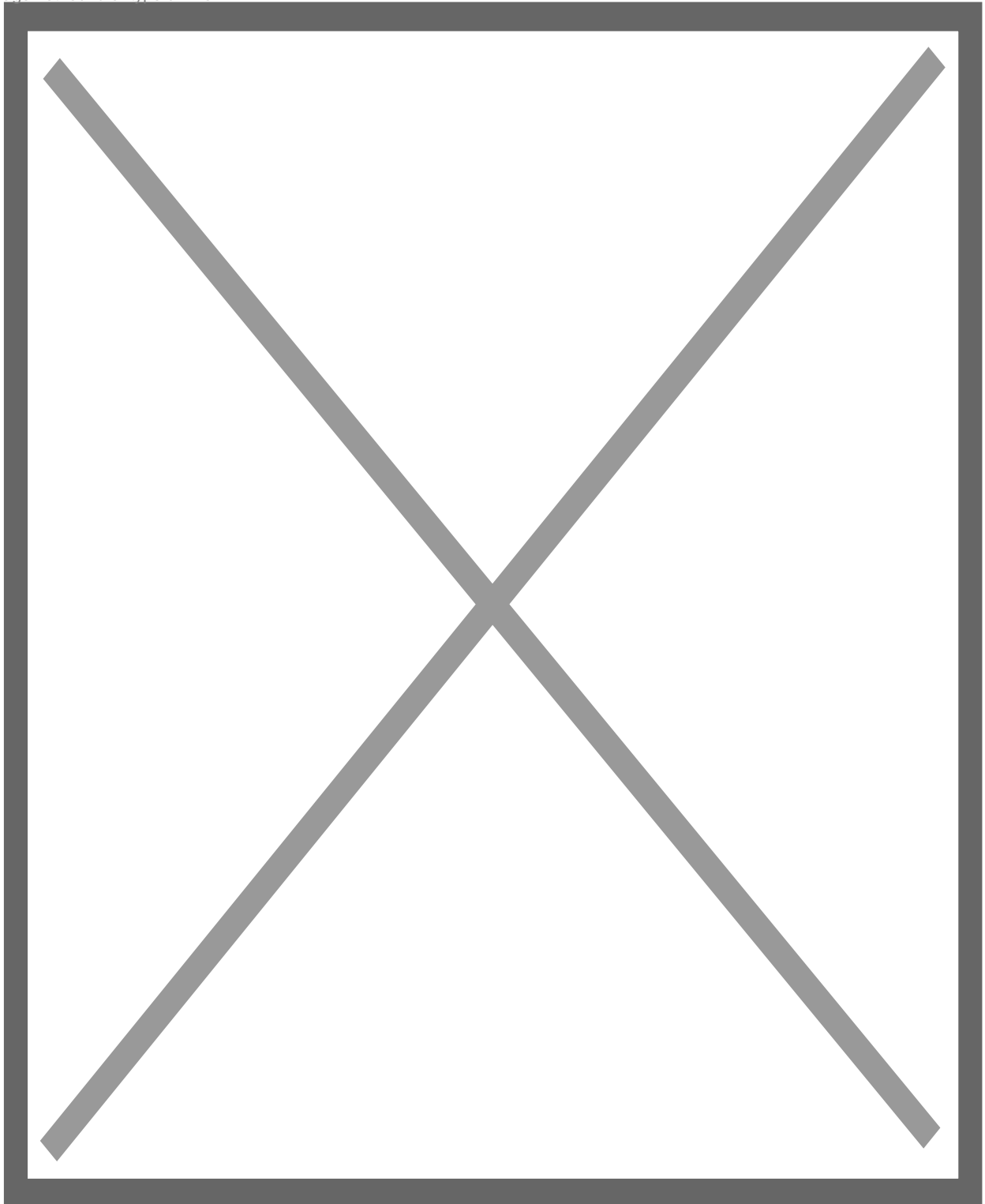
KREISHANDWERKERSCHAFT UND FDP IM DIALOG

24.05.2017

Das Handwerk bildet das Rückgrat eines starken Mittelstandes und ist damit Grundlage für Arbeit und Wohlstand. Zur alljährlichen Gesprächsrunde trafen im Hause der Kreishandwerkerschaft Gießen neben Landtagsvizepräsident Wolfgang Greilich auch Vertreter der FDP-Kreistags- und Stadtverordnetenfraktion mit Kreishandwerksmeister Kwartnik und mehreren Obermeistern und der Geschäftsführung zusammen.

In einer intensiven Diskussion über die Integration von Flüchtlingen im Handwerk, Qualitätsstandards und Meisterpflicht waren insbesondere die Fachkräftesituation in den Betrieben und die damit verbundenen bildungspolitischen Herausforderungen Thema der Diskussion. Einig waren sich die Vertreter des Handwerks und der FDP darin, dass die Berufsorientierung an den hessischen Schulen verstärkt werden muss. So sind Berufsorientierungsangebote an Gymnasien nach Auffassung des Handwerks noch immer nicht ausreichend. Hierzu Greilich, der auch bildungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion ist: „Wirtschaft und Schule dürfen nicht aus ideologischen Gründen voneinander getrennt werden. Wirtschaft und Handwerk sind auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen und sind auch gerne bereit hierzu ihren Beitrag zu leisten. Jedoch müssen in den Schulen auch wirtschaftliche Themen und die Berufsorientierung in den Vordergrund rücken. In der aktuellen hessischen Bildungspolitik wird diesen Themen nicht ausreichend Rechnung getragen. Der auf unser Betreiben gescheiterte Versuch der schwarzgrünen Regierungskoalition, ein generelles Werbe- und Sponsoring-Verbot an hessischen Schulen im Schulgesetz zu verankern, hätte Handwerksbetriebe und Unternehmen fast vollständig aus hessischen Schulen verdrängt. Die Schulen und vor allem die Schülerinnen und Schüler brauchen aber die Verbindung zur Realwirtschaft, wenn wir deren Zukunft sichern wollen.“

Image not found or type unknown



Im weiteren Verlauf der Gesprächsrunde war die aktuelle Debatte über Dieselfahrzeuge Anlass für intensive Diskussionen. Hauptgeschäftsführer Björn Hendrichke warb hier für Augenmaß und Rücksicht insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe: „Die aktuelle Diesel-Debatte verunsichert viele Verbraucher und verleitet Politik zu unüberlegten Schnellschüssen. Sei es bei Fahrverboten durch Umweltzonen, wie in Gießen geplant, oder der Versuch, die meisten Dieselfahrzeuge aus deutschen Städten durch die Einführung der „Blauen Plakette“ herauszuhalten. Hier brauchen wir Übergangsfristen und Sonderregelungen für betriebliche Fahrzeuge, die insbesondere die kleinen Betriebe schützen. Firmenfahrzeuge, vor allem solche mit Sonderbauten, sind eine große Investition für jeden Betrieb und werden in der Regel nur alle 15 bis 20 Jahre angeschafft. Werden diese nun überhastet aus den Städten verbannt, kommt dies für viele kleine Betriebe einem Berufsverbot gleich. Hier benötigt das Handwerk genügend Vorlauf und Politik mit einem Blick für die Realität.“

Die Vertreter der Freien Demokraten teilten diese Einschätzung und Wolfgang Greilich versicherte: „Mit den Freien Demokraten wird es solche Schnellschüsse nicht geben. Wo immer wir auf die Entscheidungen Einfluss nehmen können, setzen uns dafür ein, dass Regelungen mit Weitsicht und Realitätssinn getroffen werden.“